

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

271 (20.11.1919)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt 1.60 M., durch unsere Träger zugestellt 1.70 M., am Postkassier 1.75 M., durch den Postboten zugestellt 1.90 M. monatlich, vorauszahlbar. Bei vierteljährlichem Bezug jeweils der dreifache Betrag. Ausgabe: Montag mittags; Geschäftszeit: 1/8-1/2 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die Typ. Kolonialzeitg. od. deren Raum 30 3, Neblamen 1.-M. zugänglich 80 % Feuerungszuschlag; Kola.anzeigen billiger. Bei Werbe-aktionen Rabatt. Annahmefrist 1/2 Vorm., für groß. Aufträge nachm. zuvor.

Berliner Pressestimmen zu den Verhandlungen des Untersuchungs-Ausschusses.

Berlin, 20. Nov. Privattelegramm. Als Ergebnis der vorgestrigen Ausschüßverhandlungen bezeichnet die „Tägliche Rundschau“: Das Märchen von der militärischen Kamarilla ist für immer zerfallen! — Die „Deutsche Tageszeitung“ urteilt, daß jetzt alle Legenden, mit denen seit Jahren strupellos gegen Hindenburg und Ludendorff gearbeitet wurde, restlos zerstört wurden. — Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ sagt: Die ganze Erklärung des Generalfeldmarschalls war eine einzige Anklage gegen die Maßgebenden in der Heimat, gegen Ziellosigkeit und schwächliche Halbheit, gegen Bruderhass und Selbsterleischung. Ihnen stellen die Aussagen Hindenburgs und Ludendorffs den ungeheuren Ernst gegenüber, mit dem sie von Anfang an die Lage beurteilten. Das Urteil der Geschichte brauchen Zeugen wie sie nicht zu scheuen. — Der „Vorwärts“ schreibt: Wer Ludendorff während vier Stunden gesehen und gehört hat, dem fallen die letzten Binden von den Augen und er sieht ganz klar, warum und woran das alte kaiserliche Deutschland zu Grunde ging: Am „Höchstkommandierenden Feldwebel“ Ludendorff hat das Volk bewußt irreführt. Statt durch Erfüllung der fürchtbaren Gefahr die letzte moralische Widerstandskraft zu wecken, hat er es eingeschläfert und infolge einer wahnwitzigen Anzeigens-treiberei innerlich gespalten. — Die „Freiheit“ führt u. a. aus: Hindenburg und Ludendorff lebten nur in dem Gedanken an den Frieden der Zerstückelung. Deshalb begannen sie die Wilsonschen Friedensverträge, deshalb begannen sie den U-Bootkrieg. Das Vabanque-Spiel hat mit einem Fiasko geendet. Aber die Schuldlosen tragen ihr Haupt hoch. Bei möchte außerhalb der deutschen Grenze das Land kennen, in dem schuldige Feldherren so vor einem Gerichtshof hinstreten können wie Hindenburg und Ludendorff vor den Untersuchungsausschüß.

Abg. Gröber †.

Berlin, 19. Nov. Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion der Nationalversammlung, Abg. Gröber, ist heute mittags 1/12 Uhr während eines Gesprächs mit Geheimrat Jungheim von einem Schlaganfall ereilt worden und verschieden.

Reichspräsident Ebert hat an den Generalsekretär der Zentrumsfraktion das nachstehende Telegramm gerichtet:

„Tief erschüttert höre ich von dem plötzlichen Hinscheiden des Führers ihrer Fraktion. Mit ihm verliert die Zentrumsfraktion, die Nationalversammlung und das deutsche Volk einen der verdienstvollsten Parlamentarier, der durch viele Jahrzehnte in selbstloser Hingabe für die gemeinsame Sache des Vaterlandes gewirkt hat. Ich spreche der Fraktion und der Partei des Zentrums mein aufrichtiges und tiefes Beileid zu diesem schweren Verluste aus. Geh. Ebert, Reichspräsident.“

Ohne Unterschied der Partei erkennen die Morgenblätter an, daß sich mit dem Abg. Gröber nicht nur das Zentrum einen seiner bedeutendsten Führer, sondern auch die übrigen Parteien einen ihrer ältesten Kollegen verloren haben, der sich trotz bestimmter Betonung seines persönlichen politischen Standpunktes die Sympathien aller Mitglieder des Parlaments zu sichern verstand. Wie kaum ein anderer habe er das Amt eines Abgeordneten bewertet, und er ist unzweifelhaft einer der fleißigsten Abgeordneten gewesen.

Forderungen der deutschen Landwirtschaft.

Berlin, 20. Nov. Der Reichsausschüß der deutschen Landwirtschaft hat nach Beratungen mit sämtlichen landwirtschaftlichen Körperschaften Deutschlands, wie verschiedene Morgenblätter melden, seine grundsätzlichen Forderungen in einer Kundgebung zusammengefaßt, die dem Reichswirtschaftsminister, dem Reichspräsidenten, dem Reichsminister, dem Reichsminister der Bundesregierungen zugestellt wurden. An die Stelle der Zwangswirtschaft müsse die Lieferung auf Grund der tatsächlichen Leistungsfähigkeit treten, sodas die öffentliche Bewirtschaftung sich nur auf Brotgetreide und Getreide des mit Rücksicht auf die Kinder und die Kranken nicht zu vermeiden ist, auf die Sicherung der Milch und der von der Milchbewirtschaftung nicht zu trennenden Molkeerzeugnisse für diese Bedürfnisse erstreckt. Die Fleischbewirtschaftung sei sofort aufzuheben. Von einer Zuckerbewirtschaftung im nächsten Erntejahr sei abzusehen im nächsten Jahr usw.

Zum Fall Reinhardt.

Berlin, 20. Nov. In einer Versammlung der sozialdemokratischen Partei Charlottenburgs, in welcher Reichswehrminister Ostke seine Stellung zu den letzten Vorgängen begründen sollte, erklärte an Stelle des nach Mecklenburg gefahrenen Ministers, dessen persönlicher Adjutant Kaufmann u. a.: Der Antritt Hindenburgs sei eine Besprechung zwischen Reinhardt und General von Lüttich vorangegangen. Dabei habe Oberst Reinhardt gesagt, man könne doch ganz gut dem Generalfeldmarschall von Hindenburg eine besondere Ehre erweisen. Als General von Lüttich nichts dagegen einzuwenden hatte, leitete Oberst Reinhardt hierauf das Recht ab, eine Ehrenkompanie aufzustellen. Der Reichswehrminister habe bereits eine Untersuchung des Voralles eingeleitet und es werde eine Verurteilung stattfinden. Man dürfe hierbei nicht vergessen, daß ein Teil der Schuld den General von Lüttich treffe, der gegen den Fall an sich nicht Stellung genommen habe und somit als Vorgesetzter die Verantwortung trage.

Die Wahlen in Italien.

Mailand, 19. Nov. Nach Erkundigung des „Corriere della Sera“ sind 100 Sozialisten gewählt. Man rechnet, daß dieselben im besten Falle 150 Sitze erhalten werden. Die Katholiken werden ungefähr 70 Mandate erhalten. In einigen Kreisen haben sich Gruppen der Kämpfer dem Programm angeschlossen, das die Umformung des Parlaments in eine verfassunggebende Versammlung verlangt. Falls diese einige Mandate erobern, werden sie auf die Geschicke der Nation einen bestimmenden Einfluß haben. Sicher ist, daß die Sozialisten, die Katholiken und die Kombattanten zusammen die nationale Mehrheit, die bis jetzt bestand, stützen. Unter den nicht mehr Gewählten befindet sich Kriegsminister Luffanti, der in Treviso durchfiel, ferner die Minister Sacchi, Roada da Romo und der Reformsozialist Ceremibo.

Die neue italienische Kammer.

Mailand, 20. Nov. Laut „Epoca“ umfaßt die neue italienische Kammer 138 Sozialisten, 81 Katholiken und 289 Deputierte der Mittelpartei.

Unruhen in Mailand.

Mailand, 20. Nov. Der Generalfeldwebel, der infolge des Vorfalls am Samstag vor dem „Avanti“ in Mailand erklärt worden war, ist durch ein Abkommen zwischen den städtischen Behörden und den Vertretern der sozialistischen Partei und dem Gewerkschaftsbund andererseits beigelegt worden.

Die Polizei setzte die Verhaftungen und Hausdurchsuchungen fort. „Corriere della Sera“ berichtet, daß in Lokalen Revolver, Munition und Handgranaten aufgefunden worden sind. Die Verhaftungen betrafen sich auf 87 Personen. Die Verhaftung Mussolinis hat außerordentliches Aufsehen erregt. „Corriere della Sera“ schreibt dazu, daß seine Verhaftung eine Konzeption an die siegreichen Sozialisten bedeutet. Solange Mussolini mächtig war, wagte man sich nicht an ihn heran. Jetzt aber verhaftet man ihn, weil er schwach geworden ist.

Das neue belgische Parlament.

Brüssel, 20. Nov. Die neue Deputiertenkammer wird folgendermaßen zusammengesetzt: 78 Katholiken (Verlust 26 Sitze), 70 Sozialisten (30 Sitze Gewinn), 34 Liberale (Verlust 11 Sitze), 9 Parteiloze.

Die amtlichen Resultate der Senatswahlen ergeben, daß nach dem allgemeinen Stimmrecht gewählt sind: 43 Katholiken, 30 Liberale und 20 Sozialisten. Die Katholiken verlieren 12 Sitze, die Liberale gewinnen 2 und die Sozialisten 10 Sitze. Am 20. November werden 27 Senatoren ernannt werden. Der alte Senat bestand aus 71 Katholiken, 34 Liberalen und 15 Sozialisten.

Neue Kabinettsbildung in Ungarn.

Budapest, 20. Nov. Dienstag nachmittag fand unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Friedrich der angelegte Ministerrat statt, der zu den Erklärungen Clarke Stellung nehmen sollte. Die Kabinettsmitglieder stimmten dem Austritt Friedrichs zu, worauf Außenminister Gufford zum Ministerpräsidenten gewählt und beauftragt wurde, ein Konzentrationsskabinett zu bilden. Sobald die Kammerliste des Kabinetts von der Entente genehmigt ist, wird Ministerpräsident Friedrich die neue Regierung ernennen und selbst zurücktreten. Falls die Wahlen zu dem angegebenen Termin nicht stattgefunden haben, ist die Regierung verpflichtet, die Macht in die Hände Friedrichs zurückzugeben.

Uebergang Galizier zu Denikin.

Moskau am Don, 20. Nov. Eine Gruppe der galizischen Armee in Stärke von ungefähr 20 000 Mann, die den linken Flügel Petjuras bildet, ist zu folgenden Bedingungen zur Armee Denikins übergegangen: 1. Erhebung der galizischen Offiziere durch russische Offiziere, 2. Verlegung der Regierung an einen anderen Frontabschnitt der freiwilligen Armee. Dieser Zusammenschluß gewährt die Befreiung der Gegend von Wirvha-Kasapin.

Unruhen in Kairo.

Kairo, 19. Nov. Im Verlaufe der gestrigen Kundgebungen belagerte die Menge das Polizeigebäude. Die herbeigeeilten englischen Truppen eröffneten das Feuer auf die Menge. 12 Personen wurden getötet und etwa 60 verletzt, darunter 10 Frauen. Heute morgen war die Stadt ruhiger. Die Straßenbahn hat den Betrieb eingestellt. Der Ton der arabischen Presse ist sehr erregt. Der Sultan ist in Kairo angekommen. Die Bildung des neuen Kabinetts scheint Schwierigkeiten zu bereiten.

Gefährdung der australischen Ernte.

Amersterdam, 20. Nov. Die „Times“ melden aus Sydney, daß die Trockenheit in Australien einen beunruhigenden Umfang angenommen habe. Große Landstrecken haben sich in wandernde Sandwüsten verandelt. Städte und Dörfer werden geräumt.

Amerikanische Vorbehalte zum Friedensvertrag.

Washington, 19. Nov. Mit 74 gegen 35 Stimmen genehmigte der Senat einen neuerlichen Vorbehalt zum Friedensvertrag, nach welchem eine Beteiligung der Vereinigten Staaten an der internationalen Arbeitskonferenz nur mit Ermächtigung des Kongresses stattfinden darf.

Revolution in Wladivostok.

Washington, 20. Nov. In Wladivostok ist die Revolution ausgebrochen. Das Staatsdepartement nimmt an, daß sich die Bewegung bis jetzt einzig gegen die russischen Truppen richtet.

Zugangsbeschränkungen in Amerika.

Chicago, 20. Nov. Die verlaute, wird beabsichtigt, den Personenverkehr um 40 Prozent zu vermindern und alle unwesentlichen Industrien stillzulegen. Durch diese Maßnahmen würden 15 Millionen Menschen erbeitslos werden.

Einwohnerwehr.

Von Major Bauer, Führer der E.W.

Die Einwohnerwehr Karlsruhe besteht nun 5 Monate. Ohne großes Aufsehen ist sie ins Leben gerufen worden. Durch die Werbe- und Aufklärungsarbeit einiger weniger selbstloser Männer ist sie langsam aber stetig gewachsen.

Noch immer wird der E.W. nicht nur in Karlsruhe, sondern ganz allgemein — mit Mißtrauen oder mit Gleichgültigkeit begegnet. Da aber eine solche auf freiwillige Mitarbeit oder Kreise angewiesene Organisation segensreich nur wirken kann, wenn sie allgemeines Vertrauen genießt, halte ich eine öffentliche Aufklärung über Zweck und Aufgabe der E.W. für geboten.

Die E.W. ist, wie es in dem „Entwurf von Richtlinien“ der Regierung heißt, „eine örtliche freiwillige Vereinigung zum Schutze der öffentlichen Ordnung, der Sicherheit an Leben und Eigentum und der verfassungsmäßigen Regierung gegen gewalttätige Angriffe. Sie tritt (neben Polizei, Sicherheitswehr und Militär) in Tätigkeit, wenn dies zur Erfüllung ihres Zweckes erforderlich wird und zwar zufolge Aufrufs der Regierung.“

Wenn ich mir immer wieder diesen ganz klar umschriebenen Zweck der E.W. vor Augen führe — im Falle von Unruhen für Ordnung und Sicherheit zu sorgen und die Regierung gegen gewalttätige Angriffe zu schützen — so meine ich, daß sich dieser Aufgabe kein rechtlich denkender Mann, ganz gleich, was Standes er ist und welcher Partei er angehört, verschließen kann, daß vielmehr jeder Bürger sich ernstlich prüfen muß, ob er sich dieser Pflicht entziehen darf. Ich möchte dazu ausdrücklich bemerken, daß ich unter „Bürger“ im Gegensatz zum alten französischen Bourgeoisbegriff, das Wort im besten deutschen Sinne meine — in dem Sinne, daß der ein Bürger ist, der in seinem Gemeinwesen sich geborgen fühlen und für sein Gemeinwesen bürgen will. So verstanden umfaßt der Begriff „Bürger“ alle Männer bis weit nach rechts und nach links hinein.

Warum brauchen wir eine Einwohnerwehr? Weil die Stärke des Heeres durch die Friedensbedingungen derart herabgesetzt, innerhalb der 50 Kilometerzone der Verbleib der Truppen überhaupt in Frage gestellt ist, daß reguläre Truppen zur Unterdrückung von Unruhen entweder gar nicht oder nur in geringem Umfange zur Verfügung stehen, daß also bei örtlichen Unruhen, mit denen leider immer noch gerechnet werden muß, die E.W. eine Notwendigkeit ist.

Ich möchte dazu bemerken, daß die Hauptgefahr nicht darin liegt, daß die Verhältnisse so schwierig sind, daß wir nicht zur Ruhe kommen können, sondern darin, daß es noch immer so viele Menschen gibt, die gar nicht zur Ruhe kommen wollen. Und diese Menschen sind um so gefährlicher, weil sie sich für die wahren Verfechter der „Freiheit“ halten. Mit dem Wort „Freiheit“ ist zu allen Zeiten fürchtbar viel Unfug getrieben worden — die es am meisten im Munde führen, verstehen unter der Freiheit, die sie meinen, die brutale Herrschaft über die, die eine andere Meinung haben.

Sie möchte ich auf Laskalle hinweisen, der sagt: „Freiheit ohne Gemeinnut ist Willkür“ und an einer anderen Stelle schreibt: „Nicht die Rechte des Einzelnen, sondern die Pflichten sind das auf die Dauer die Massen vereinigende und bindende Element.“

Ich habe in diesen letzten Monaten, da ich in zahlreichen Versammlungen Einblick gewonnen habe in die Stimmung aller Berufsstände und Bevölkerungsschichten, mit erschreckender Klarheit erkannt, wie gering das Gemeinnutgefühl ist, habe es tief schmerzhaft empfunden, in welsch geradezu erschütternder Atmosphäre des Mißtrauens und Mißvernehmens wir untereinander oder richtiger gesagt nebeneinander bestehen. Von welsch fernreichender Wirkung könnte da die E.W. weit über den engen Rahmen der ihr gestellten Aufgaben hinaus werden, wenn Männer aus den verschiedensten Ständen und von verschiedensten politischen Richtungen, im Dienste des Gemeinnut sich zusammenfindend, wieder einer im anderen den Menschen kennen und achten lernt. Ich gehöre nicht zu denen, die an dem alten System alles schlecht finden — aber das ist doch zweifellos, daß ohne das Kastentwesen die Erbitterung zwischen den einzelnen Ständen nie so erschreckend groß hätte werden können — daß aber andererseits seit der Revolution diese Klüft noch erweitert wurde.

Den Boden mitbereiten zu helfen, auf dem wir alle uns wieder zu einem rechten Gemeinnutgefühl zusammenfinden, darin sehe ich eine der vornehmsten Aufgaben der E.W. Wenn erst die Zeit des „großen Friedens“ beginnt, und sich dazu auch in Folge vergrößerter Verkehrsverbindungen vielleicht der Hunger gestellt — dann kann es allein schon in moralischer Hinsicht von größter Bedeutung werden, wenn in einer Stadt wie Karlsruhe Tausende von Männern zusammenstehen, entschlossen, die begründete Mißstimmung nicht zu Gewalttaten auszuwaschen zu lassen, den andern klar machend, daß durch solche Gewalttaten auch kein Kilo Kohle, kein Brot mehr geschaffen, sondern das Hungert nur noch vergrößert wird. Ein schwedischer Nationalökonom, der kürzlich durch Deutschland gereist ist, hat unser Vaterland ein großes Armenhaus genannt. In meine, daß trotz allem noch immer ein großes Kapital an geistiger Lebenskraft und wirtschaftlicher Tüchtigkeit im deutschen Volk vorhanden ist. Dieses Kapital durch die möglicherweise noch kommenden Stürme

hindurch zu retten, ist die Aufgabe, in der die einzige Rettung unserer Zukunft liegt...

Zimmer wieder hörte ich bei meiner Verheißung für die Wehr den Einwand, wir wollen nicht mehr kämpfen...

Viele wollen der E.W. nicht beitreten, weil sie „diese“ Regierung nicht stützen wollen...

Aber wie auch sonst der Einzelne zur Regierung sich stellen mag, keiner wird ehrlicher Weise die Schwierigkeiten verkennen...

Furchtbar ernst ist unsere Lage und wird noch lange so bleiben — und dabei scheint aller Ernst aus unserem Volke gewichen zu sein.

Wie soll es besser werden? Besser kann es nur werden, wenn wir alle, Regierung, Parteien und jeder Einzelne den Mut finden...

Das schlafende Heer.

Roman von Clara Viebig.

125 Nachdruck verboten. Von Sociecha-Dorf ab waren sie der Räuberpur des Gerrichtswagens gefolgt...

Nicht rückwärts dürfen wir schauen, wenn es mit uns vorwärts gehen soll!

Gegenjäre wirtschaftlicher und geistiger Art werden immer bestehen — sie mögen im Kampf der Parteien ausgefochten werden...

Der gegenrevolutionäre alldeutsche Spektakel.

Man muß es den Alldeutschen lassen: Sie verließen sich mit Lärm in Szene zu setzen.

Geschrei im Reichstag und vor dem Reichstag, das war das Zeichen, in dem am Freitag die Reichshauptstadt stand...

Und wie drinnen, so lärmte es draußen. Studenten und Schüler höherer Lehranstalten hatten eine Demonstration veranstaltet...

Die alldeutsche Herausforderung hat aber bereits ihr Echo gefunden. In einem Erlass kündigt der Reichswehrminister an...

Eine Zweideutigkeit Hindenburgs.

Offenbar auf Veranlassung der Reichsregierung hat Hindenburg eine Kundgebung an seine deutshationale Gefolgschaft gerichtet...

Diese Erklärung ist interessant durch das, was sie nicht enthält. Keine Andeutung über den politischen und regierungspolitischen Charakter...

feindlichen Charakter, den die Kundgebungen angenommen hatten. Nicht etwa aus diesem Grunde...

Badischer Landtag.

gr. Karlsruhe, 19. Nov.

3. öffentliche Sitzung.

Präsident Kayser eröffnet die Sitzung um 4.05 Uhr. Im Eingang befindet sich eine Eingabe des Badischen Eisenbahnerverbandes...

Zur Geschäftsordnung beantragt Abg. Marum (Soz.), daß das Gesuch um Sozialisierung der Majolikamanufaktur an den Verfassungsausschuß geht...

An Stelle der aus dem Landtag ausgeschiedenen Abg. König (Dem.), Gehring (Dem.) und Muser (Dem.) treten Höniger, Freiburg (Dem.), Freudenbers-Weinheim (Dem.), Studts-Dundenheim (Dem.) in den Landtag ein.

Im Eingang befinden sich u. a. eine kurze Anfrage des Abg. Marum (Soz.) u. Gen., ob der Regierung bekannt ist, daß sich in vielen Gemeinden des Landes noch größere Ratioselbststände befinden...

Ueber den Gesetzentwurf zur Vereinigung der Gemeinde Veröfentlichungen mit der Stadtgemeinde Heidelberg

Abg. Schön (Dem.), der namens der Kommission Annahme des Gesetzentwurfs empfiehlt...

Ueber den Druckvertrag für den Landtag 1919/20

Abg. Raft (Ztr.), der namens der Kommission Annahme empfiehlt. Die Druckarbeiten werden in der bisherigen Verteilungsart weiter vergeben...

Ueber die Abänderung der Geschäftsordnung

Abg. Dr. Waldner (Dem.) namens der Kommission. Es handelt sich vor allem um Anpassung der Geschäftsordnung an die neue Verfassung...

Die Kommission kam einstimmig zu der Ansicht, daß nach der neuen Verfassung die Abänderung der Geschäftsordnung der Genehmigung der Regierung nicht bedarf...

Die Geschäftsordnung wird gemäß den Kommissionsvorschlügen einstimmig angenommen.

In Fortsetzung der in früherer Kommissionsitzung bereits behandelten förmlichen Anfragen über die

Regelung der Ostverforgung

Abg. Richter (Soz.) gleichmäßige Verteilung des Obstes, insbesondere des Mostobstes. Man hätte die Preise für Mostobst und Tafelobst in ein anderes Verhältnis bringen sollen...

Abg. Wöckel (Ztr.) meint, daß zu niedere Preise für Mostobst festgesetzt wurden. Auch die Freigabe der Beeren wiesse preissteigernd.

Abg. Spang (Ztr.) betont, daß er in der Bewirtschaftung auf einem anderen Standpunkt stehe, als sein Kollege Wöckel. Er wünscht Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Abg. Gerke (D.N.) meint, daß die zwangsweise Bewirtschaftung das Obstes bankrott gemacht habe. Die Zwangswirtschaft...

„Daß Gott uns allen helfe!“ Und sie betrauerte sich und das Bürgschänken und dachte daran, was der Jendrek ihr geschrieben...

Und doch weinte die treue Michalina und streckte ihre Hände verlangend zurück — alles schwand, alles schwand wie ein Traum...

Wie lange reichen unsere Kohlen?

Im 5. Bande seiner „Allgemeinen Geologie“, der kürzlich in 3. Auflage erschienen ist, sagt der im September 1917 als Opfer des Weltkrieges im Lazarett zu Aleppo verlebte Breslauer Geologe Prof. Fritz Frech: „Das 19. Jahrhundert mühte das Zeitalter der Steinfolge genannt werden, wollte man für die jüngste Kulturentwicklung des Menschengeschlechts eine Bezeichnung wählen, die dem Namen Stein- und Bronzezeit ähnlich ist.“

In diesen Tagen der Kohlenkrise sind Frechs Mitteilungen über Kohlenförderung und Kohlenvorrat in den wichtigsten Kohlenländern und besonders in Deutschland von besonderem Interesse.

Im Jahre 1911 förderten die Vereinigten Staaten von Nordamerika an Steinkohlen rund 450 Millionen Tonnen (einschließlich Braunkohlen), Großbritannien rund 276, Deutschland rund 160, Frankreich rund 88, Belgien rund 28 und Österreich-Ungarn rund 15 Millionen Tonnen.

Seit 1903 hatte die Förderung in England von 230 auf 290, in Deutschland nur von 150 auf 160 sich gehoben, d. h. England geht mit seinem

wirtschaftlich mit der W Abg. 1 strengen U Abg. 5 tung dank viele Kreise Abg. 1 Post hätte Abg. 1 (von früh sabel Obj Abg. 1 von Konsta

Solange übersteht Insgeheim vom 10. S. Mostobst, Abg. 1 gen, waren Das Reich die Aufzucht Abg. 1 recht auf über zur nicht im 1 erst den 1 men; aber deren Gebi Spangswir Krieges ha nicht ganz bornheim Spangswir Die V geschloffen Hierzu nisse in d Nach z d un n Schluß

Som sagte sich sprache mit eingebenbe stimmte al Verhältnis Gen. F. 1 Weber z Das E Landtag z die Verbra haben, die bieten der Gesundheit wichtige wegzunehm hiesiger bräucher h haben best gweid die 4 und förd angehören. erfolgt na mal soll b treten; an tag einber Berlammen die Verbro nem ausg

Die national auf den seit in d um ihre halten n erheben u seien wir

„Das Gott uns allen helfe!“ Und sie betrauerte sich und das Bürgschänken und dachte daran, was der Jendrek ihr geschrieben...

Wie lange reichen unsere Kohlen? Im 5. Bande seiner „Allgemeinen Geologie“, der kürzlich in 3. Auflage erschienen ist, sagt der im September 1917 als Opfer des Weltkrieges im Lazarett zu Aleppo verlebte Breslauer Geologe Prof. Fritz Frech: „Das 19. Jahrhundert mühte das Zeitalter der Steinfolge genannt werden, wollte man für die jüngste Kulturentwicklung des Menschengeschlechts eine Bezeichnung wählen, die dem Namen Stein- und Bronzezeit ähnlich ist.“

In diesen Tagen der Kohlenkrise sind Frechs Mitteilungen über Kohlenförderung und Kohlenvorrat in den wichtigsten Kohlenländern und besonders in Deutschland von besonderem Interesse.

wirtschaftung des Obstes in diesem Jahre sei in Widerspruch mit der Mehrheit des Landtags erfolgt.

Abg. v. Gleichenstein (Ztr.) hätte in den Vorschriften eine strenge Unterscheidung zwischen den verschiedenen Obstsorten gewünscht.

Abg. Kiefer (Ztr.) betont, daß wenn die Zwangsbewirtschaftung konstant gemacht habe, dies deshalb gekommen sei, weil viele Kreise die Verordnungen böswillig umgangen haben.

Abg. Fischer-Lahr (D.R.) meint, wenn die Bauern mehr Kost hätten, so würden sie auch mehr Milch abliefern.

Abg. Engelhardt (Ztr.) meint, man hätte die Gemeinden schon früher darauf aufmerksam machen sollen, daß sie nicht soviel Obst erhalten, als sie bestellen.

Abg. Amann (Ztr.) weist auf die besonderen Verhältnisse von Konstanz hin.

Minister Memmel:

Solange die Nachfrage nach Lebensmitteln das Angebot übersteigt, ist es unmöglich, alle Wünsche zu befriedigen. Ingesamt wurden in Baden infolge Einfuhr aus der Schweiz vom 10. September bis 16. November aufgebracht: 1112 Wagen Mostobst, 1529 Wagen Tafelobst. Alle Bestellungen zu erledigen, waren wir nicht in der Lage, wie ich bereits früher erklärte.

Das Reichswirtschaftsministerium wendet sich allerdings gegen die Aufrechterhaltung der Zwangsbewirtschaftung in der Obstverforgung. (Abg. Marsloff: Wir haben die Zwangsbewirtschaftung mit Recht aufrecht erhalten.) Die badische Regierung mußte aber zur Zwangsbewirtschaftung zurückkehren, weil wir die Preise nicht ins Ungemessene steigen lassen wollten.

Wir hatten zuerst den Versuch gemacht, ohne Zwangsbewirtschaftung durchzuführen; aber es scheiterte. Wir werden vielleicht auch auf anderen Gebieten in den nächsten Wochen noch zu viel schärferer Zwangsbewirtschaftung kommen müssen, als wir sie während des Krieges hatten. Die Weisung zwingt uns dazu, wenn wir nicht ganz untergehen wollen. Wenn die Anordnungen von vornherein beachtet worden wären, so wären wir vielleicht ohne Zwangsbewirtschaftung in der Obstverforgung durchgekommen.

Die Beratung über die Behandlung der Interpellation ist geschlossen.

Darauf wird der Ausschuss zur Untersuchung der Verhältnisse in den Eisenbahnwerkstätten gebildet.

Nächste Sitzung: Donnerstag früh 9 Uhr. Tagesordnung: Interpellationen.

Schluss der Sitzung 7.45 Uhr.

Vom Landtag. In ihrer gestrigen Fraktionsitzung befasste sich unsere Landtagsfraktion in längerer Aussprache mit der gegenwärtigen politischen Situation, die einer eingehenden Betrachtung unterzogen wurde. Die Fraktion bestimmte als ihre Vertreter im Ausschuss zur Untersuchung der Verhältnisse in den Eisenbahnwerkstätten die Abg. Gen. Fleig und Roth, als Stellvertreter die Abg. Gen. Weber und Hahn.

Das Gesetz über die Verbraucherkammer ist gestern im Landtag zur Verteilung gelangt. Nach dem Gelegenheitsfall soll die Verbraucherkammer, deren Sitz Karlsruhe ist, die Aufgabe haben, die Interessen der Verbraucher, besonders auf den Gebieten der Bedarfsgegenstände, des Ernährungswesens, der Gesundheits-, Wohnungs- und Verkehrsfragen, ferner auf dem Gebiete des Versicherungswesens, des Heilungswesens und des Wohlfühlens wahrzunehmen. Die Kammer soll auch vor Gesetzgeber oder behördlicher Regelung von wichtigeren, die Interessen der Verbraucher berührenden Angelegenheiten gehört werden. Alle in Baden bestehenden rechtswirksamen Vereinigungen, die als Hauptzweck die Gütererzeugung des täglichen Bedarfs und die Pflege und Förderung der Hauswirtschaft verfolgen, sollen der Kammer angehören. Sie wird aus 40 Mitgliedern bestehen. Die Wahl erfolgt nach den Grundrissen der Verhältnismäßigkeit. Jährlich einmal soll die Kammer zu einer ordentlichen Sitzung zusammenzutreten; außerordentliche Sitzungen sollen auf besonderen Antrag einberufen werden. Die Mitgliedschaft in der Verbraucherkammer ist ein Ehrenamt. Das staatliche Aufsichtsrecht über die Verbraucherkammer wird durch das Ministerium des Innern ausgeübt.

Badische Politik.

Die Mobilisierung der reaktionären Lehrerschaft. Die Herrschaften, die vor einem Jahre möglichst von der „nationalen“ Bildfläche verschwinden waren und sich sofort auf den „Boden der gegebenen Tatsachen“ stellten, eimerleits in der Absicht, ihn heimlich zu unterwühlen, zweitens um ihre Pensionsberechtigungen usw. nicht zu verlieren, halten nun die Zeit gekommen, ihr „teufliches Haupt“ zu erheben und die reaktionäre Schulglode zu läuten. So lesen wir in der „Deutschen Zeitung“ vom 20. Oktober:

„Deutschlands deutschnationale Lehrerschaft männlichen und weiblichen Geschlechts und aller Schularten ist zu Eintracht und Vereinigung vereint“ zu sammelnden. Mehr als 1000 Lehrer und Lehrerinnen trieb die Sorge um die Zukunft des deutschen Reiches und seiner Jugend in die Gründungsversammlung, welche zu Berlin stattfand. Eine Zahl, die überwältigend alle bisherigen Vorstellungen über die politische Aufregung der Berliner Lehrerschaft über den Haufen warf. ... Wie der 18. Oktober 1813 den Grund legte

Kohlenvorrat weit verschwendlicher als Deutschland um, wozu noch kommt, daß die neue Art des Abbaues der Kohlen in Deutschland sehr viel geringere Verluste, eine viel ausgiebigere Bemerkung und eine außerordentliche Erhöhung der Abbaugeschwindigkeit mit sich bringt.

Von unseren Kohlengebieten reichen nach Fred die Becken des Königreichs Sachsen kaum mehr für ein Jahrhundert, doch sollen jetzt neue Kohlenlager erschlossen sein. Das niederschlesische Kohlenbecken enthält noch eine Milliarde Tonnen, kann also mindestens 150 Jahre reichen. Die Becken an der Saar und in Westfalen sowie das hiesige Kohlenfeld haben zusammen bis zur Tiefe von 1500 Meter etwa soviel Kohlen wie in England.

Freilich unsere größten Kohlenlager sind in Oberschlesien, das durch den Friedensvertrag auch gefährdet ist. Die Zahl der hier übereinander geschichteten Kohlenflöze ist größer als in jedem anderen Steinkohlenlager der Erde. Die Gattelfläche erreichen im Durchschnitt 10-12 und örtlich 16 bis 18 Meter Mächtigkeit reiner Steinkohle. In England schwankt die Schätzung des Kohlenvorrats zwischen 80% und 100 Milliarden Tonnen. Nehmen wir eine Steinerzeugung bis zu 300 Millionen an, so würde England nur noch für 350 Jahre Kohlen haben. Amerika wird infolge der Verschwendung und des Raubbaues bei der Förderung der Kohlen trotz seiner riesigen Vorräte im Jahre 2015 oder 2027 erschöpft sein.

1813-1919, in wenig mehr als 100 Jahren, hat sich das Gesicht Europas ganz verändert; auch die wirtschaftlichen Verhältnisse über die Kohlenvorräte gehen bei den meisten Völkern nicht unter ein Jahrhundert herab, nur Aukubaum kann frühere Erfindung modisch machen, und bei all diesen Berechnungen sind technische Verbesserungen, die die in der Kohle aufzubewahrende Kraft auf rationellere Weise verwenden können, nicht in Rechnung gestellt: das Zeitalter der Steinkohle ist also, wie Fred betont, noch lange nicht seinem Ende zu.

zum einstigen mächtvollen Deutschen Reich, so soll der am gleichen Oktobertage befundene Wille zur Machterhaltung einen Lutherismus in der deutschnationalen Lehrerschaft wecken und stärken. ... Wie tief die deutschnationale Lehrerschaft von der Notwendigkeit eines Zusammenschlusses durchdrungen ist, davon legen Zeugnis ab die vielen Beitrittserklärungen die gleich bei der Gründung abgegeben wurden.

Der Verein evangelischer Lehrer und Lehrerinnen ließ durch seinen Vorsitzenden erklären, daß er sich als Ganzes der neuen Gründung anschließe. Einzelne höhere Lehranstalten führten ihr gesamtes Kollegium dem Bunde zu, und die Vertreter der Hochschullehrerschaft, Geheimrat Dietrich Schäfer, Prof. Noethe und Prof. Sternfeld brachten nicht nur die Grüße ihrer Amtsgenossen, sondern die Versicherung, daß sie alle für Deutschlands Wiedergeburt mit dem neuen Bunde in Einheit arbeiten wollen. ... Im Kampfe gegen den sich breitmachenden Dilettantismus muß und wird der Wahlspruch lauten: Für Kaiser und Reich!

Man sieht die Herrschaften sind fest an der Arbeit. Der rücksichtslosen Befinnung der meisten Lehrer wird man darauf gefaßt sein können, daß in Baden das Berliner Beispiel bald Nachahmung findet. Herr Oberlehrer a. D. Herrigel in Heidelberg wird gewiß seine „neutralen“ Spalten auch dieser reaktionären Litteratur öffnen. Für die sozialdemokratischen Lehrer ist dieser „neutrale“ Herr allerdings nur zu sprechen, wenn er ein bißchen gegen sie in Setze machen kann. Was ja bei dieser Gelegenheit so nebenbei nicht schwierig für ihn sein wird.

Deutschnationale Judenhetze und Verdächtigungen.

Auf dem badischen Parteitag der Deutschnationalen in Karlsruhe hatte Abg. Oberkirchenrat Mayer erklärt, „vor dem Rabau und Pogromantizemitismus müßte man sich hüten, da Anzeichen dafür vorhanden seien, daß diese Bewegung von Juden ausgehe.“ Der Vorsitzende der Karlsruhe Ortsgruppe des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Rechtsanwalt Dr. Marx, wandte sich an den Herrn Abg. Mayer und hat ihm um eine Angabe der Tatsachen, die seine Behauptung rechtfertigen, Abg. Mayer von der deutschnationalen Volkspartei antwortete auf das Schreiben, daß seine Behauptungen sich „auf unüberlegte Pressemitteilungen und einmündige Beobachtungen“ gründeten. Ein weiterer Schriftwechsel darüber sei in der nächsten Nummer des „Badischen Beobachters“ zu erwarten. Dr. Marx stellt daraufhin in einem Schreiben fest, Abg. Mayer habe demnach die „nichtswürdige und gewissenlose Lüge, daß die Juden selbst, die ihr Leben, ihre Ehre und ihr Gut bedrohende Pogrombewegung absichtlich fördern, leichtfertig weitergegeben.“

Mit Recht beurteilt der „Badische Beobachter“ das Verhalten des Oberkirchenrats Mayer wie folgt: „Da angesichts der von uns schon öfters gekennzeichneten Strömungen in der deutschnationalen Partei morgen den deutschen Katholiken passieren kann, was heute gegen die Juden vorgebracht wurde, so möchten wir doch ausdrücklich auch von unserer Seite feststellen, daß eine Kampfesweise, wie sie hier auf deutschnationaler Seite zu beobachten ist, unter ehrlichen, ersten Kämpfern nicht anständig ist und zu den gefährlichsten Parteikämpfen führen müßte. Wenn der deutschnationale Abgeordnete nicht imstande ist, seine Andeutungen mit ungewisshafteren Tatsachen zu belegen, so ist es besser, er gibt zu, daß er hier ein Opfer von Gerüchten und Behauptungen geworden ist, die sich in keiner Weise als wahr erweisen lassen. Durch Unachtsamkeit und Nachlässigkeit — auch in Falle, daß man sich einmal versehen hat, was immer wieder vorkommen kann — kann die politische Herabwürdigung, ohne die wir heute uns nicht zur Höhe ringen können, nur gewinnen.“

Die Oberlehrer-Diktatoren.

In ganz Deutschland stellt die Forderung auf, daß die Schulaufsicht von einem Vertreter der Lehrerschaft und die örtliche Aufsicht weggelassen soll. Die täglichen Verwaltungsarbeiten des Schulbetriebes, wie Aufstellung des Stundenplanes, Handhabung der Schulzeit, Hausordnung, Schüleraufnahmen, sollen von dem Lehrerkollegium geregelt werden, das sich einen Geschäftsführer auf Zeit aus seiner Mitte wählt. Ein solcher Zustand besteht in der Schweiz schon seit langem und in Bayern ist er eine Frucht der Revolution. Auch der badische Lehrerverein hat sich diese Forderung zu eigen gemacht. Aber den Herren Oberlehrern paßt die Sache nicht, sie fühlen sich in ihren heiligsten Gefühlen schwer gekränkt. In einer Eingabe an das Unterrichtsministerium stellen sie das dringende Ersuchen — nach der einen Lesart ist es der Sorge um das Kind diktiert, nach der andern entspringt es staatsrechtlichen Beweggründen — daß dem Begehren der Lehrerschaft nicht stattgegeben werde. Ein dreimaliges Wehe der Schule und dem Staat, wenn man ihr den autoritatistischen Oberlehrer nimmt. Die Herren können den Staat nur dann retten, wenn sie nicht auf das Vertrauen ihrer „Untergebenen“, sondern nur auf das der Behörde angewiesen sind.

Diesen Schritt haben die Oberlehrer in aller Heimlichkeit getan. Wahrscheinlich in der Hoffnung, daß die Sache vorübergehen bliebe, oder auch in dem dunkeln Gefühl, daß er das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hat. Hinter dem Rücken des Lehrervereinsvorsitzenden richtete er also ein Bittgeheuch an die oberste Behörde und werden sogar noch persönlich vorstellend, damit die Forderungen des Vereins, den sie selber angehören, nicht erfüllt werden. Im gewöhnlichen Leben hat man für ein solches Gebahren sehr viele Bezeichnungen, die aber alle nicht parlamentarisch sind. Wir überlassen es daher dem geeigneten Leser, die ihm zuzugende zu wählen. Wenn in einer Arbeiterorganisation etwas derartiges vorkäme, so würde man den Betreffenden das Handgelenk gründlich legen.

Der Vorstand des Lehrervereins wird sich mit diesem schweren Bruch der Vereinsdisziplin befassen. Die Herren hätten verdient, daß ihnen kurzerhand der Stuhl vor die Türe gesetzt würde. Sie konnten sich dann zu einem Klub „Schwärmern“ zusammenschließen. Aus jeder Zeile ihrer Eingabe spricht nämlich ein solch grenzenloser Dünkel und eine so große Geringschätzung ihrer „Untergebenen“, aus deren Reihen sie ja selber hervorgegangen sind, daß sie ruhig einen Wettbewerb mit Wilhelm von Reichen in seiner Blanzzeit an Selbstherrlichkeit aufnehmen könnten. Es fehlte nur noch, daß sie sich selber als „Intimentente des Himmel“ bezeichnen und von den andern verlangen, dafür gehalten zu werden, dann wäre das Bild des Größenwahns vollständig. Trotzdem sich die meisten Demokraten nennen, so ist die neue Zeit ganz spurlos an ihnen und ihrer Tätigkeit vorübergegangen. Daß Demokratie Selbstregierung bedeutet, hat ihnen noch nicht gebämmert. Sobald ihre persönlichen Interessen, der Geldbeutel und der Ehrgeiz, berührt werden, sind sie im Handumdrehen streng konservativ. In einer Zeit, in der sich die Arbeiter und Angestellten überall ein Mitspracherecht erkämpfen, glauben diese Leute noch den Untertanen spielen zu können. Die Lehrerschaft hat bisher noch keine revolutionären Mittel angewendet, weil sie die Verleumdung ihrer Wünsche von der geordneten Gesetzgebung erwartet. Einer dergleichen Herausforderung gegenüber wird sie aber auch vor einem demokratischen Mittel der Selbsthilfe nicht zurückweichen, wenn ihre Männer in der Schul- und Staatsverwaltung darüber auch noch so unglücklich wären.

Landesausschuss der deutschen Demokratischen Partei in Baden. Der Landesausschuss der deutschen Dem. Partei in Baden war am Dienstag nachmittag in einer sehr zahlreich besuchten Sitzung versammelt. Der Vorsitzende der Landespartei Minister Hummel berichtete über die derzeitige politische Lage in Baden, insbesondere über die parlamentarische Behandlung der Beschaffungszulage. Er begründete die Haltung der Fraktionsmehrheit, die bekanntlich dem Kompromiß in der Frage der Beschaffungszulage zugestimmt hatte. Die drei inzwischen ausgeschiedenen Abg. König, Müller und Götting hätten lebhaft aus Rücksicht auf den Ernst der Finanzlage einen abweichenden Standpunkt eingenommen. Ueber die in der Öffentlichkeit erörterte Frage eines Rücktritts des Ministers des Auswärtigen Dietrich von seinem Ministeramt habe die Fraktion einen endgültigen Beschluß noch nicht gefaßt. — In der Aussprache legte Minister Dietrich die Notwendigkeit dar, die Staatsausgaben durch Vereinfachung der Staatsverwaltung zu vermindern.

Aus der Partei.

Stimmungspolitik.

Die Freiburger Parteigenossen haben dieser Tage die innerpolitische Lage besprochen und ihre Auffassung dann in Entschliessungen niedergelegt. In einer dieser Resolutionen sagen sie:

Die Revolution war eine Auswirkung des Krieges, nicht eine Schuld der Sozialdemokratie. In Baden hat die Zentrumspartei im Landtag wie in der Regierung die stärkste Vertretung, trägt also für die gegenwärtigen Verhältnisse die Hauptverantwortung. Auf die Gehe der gemäßigten Presse und den passiven Widerstand reaktionärer Beamten ist die Schwäche der Regierung bei der Durchführung ihrer Gesetze und Verordnungen zurückzuführen. Unter diesen Umständen hält es die Parteioberleitung in Freiburg für unmöglich, daß unsere Genossen in der Regierung verbleiben. Sie fordert den Landesvorstand zur Einberufung des Bezirksausschusses auf, dem diese Frage zu unterbreiten ist. Ferner stellt die Parteioberleitung Freiburg fest, daß der Landtag in der Frage der Sozialisierung der Landesherrenschaften wie in der Frage des Heimstättengesetzes völlig versagt hat. Sie fordert die Landtagsfraktion zur Aufstellung von Mindestforderungen auf. Im Falle der Nichtanerkennung durch die bürgerliche Mehrheit ist die Weiterbeteiligung an der Regierungsmehrheit abzulehnen.

Diese Freiburger Resolution hat in der Redaktion unseres Heidelberger Parteiorgans offenbar großen Eindruck gemacht. In einem Nr. (Dr. Kraus) gezeichneten Artikel heißt es zum Schluß:

„Wenn die Reaktion glaubt, noch länger mit ihrer vergiftenden Heide und Demagogie unser Volk verführen zu dürfen: dann lehnen wir jede weitere verantwortungsvolle Mitarbeit am Neubau des Staates ab. Dann werden wir uns, unsere zuns voll und ganz bewußt, nicht scheuen, das sozialistische Proletariat auf dem Boden des Klassenkampfes zur sozialen Revolution aufzurufen. Was dann kommen, was da will: wir haben höchstens unsere Ketten zu verlieren und eine Welt zu gewinnen!“

Dem Temperament unserer Freiburger Genossen macht diese Entschliessung alle Ehre. Und wir wissen, daß die Freiburger Resolution auch nicht ganz so schlimm gemeint ist, wie sie den Anschein erweckt. Wir sind sicher, die badische Sozialdemokratie denkt nicht daran, die Konsequenzen zu ziehen, von denen die Freiburger im Schlußsatz sprechen, denn für die badische Sozialdemokratie liegt u. G. ein begründeter Anlaß zu Schritten nicht vor, wie sie in Freiburg in Erwägung gezogen worden sind. Was einmal unter geänderten Verhältnissen kommen kann oder kommen wird, warten wir ab. Aber die Freiburger Resolution hat bereits die unangenehme Folge gehabt, daß die Zentrumspresse ihren Lesern ziemlich schmerzhaft klarstellte, daß es den Sozialdemokraten offenbar sehr unbehaglich in ihrer jetzigen Position zu Mut sei und bei uns die Meinung sich zeige, die immerhin bequemere Position als Oppositionspartei ohne Verantwortung wieder einzunehmen. Der „Badische Beobachter“ verfährt gnädiger und meint, es sei ja nicht nötig, in jeder Entschliessung auch einen vernünftigen Sinn zu suchen. Die Freiburger Resolution ist das Produkt der Stimmungspolitik, also der gefährlichsten Politik, die überhaupt getrieben werden kann. Tatsächliche Maßregeln, wie sie in Freiburg in Erwägung gezogen worden sind, sollte man nur dann öffentlich erörtern, wenn auch der entschlossene Wille dahinter steht, sie rücksichtslos in die Tat umzusetzen. Und davon kann bei der furchtbaren Not und kritischen Lage des Landes gar keine Rede sein. Aus der Stimmung heraus gefaßte Entschliessungen, wie die Freiburger, sind auch der Gefahr ausgelegt, als Waffengebiet zu werden und schädigen dadurch unsere Sache. Was man z. B. weder durchführen will, noch durchführen kann, soll man auch nicht in Versammlungen sagen oder gar beschließen lassen.

Noch unangebrachter ist der Stimmungsausbruch in unserem Heidelberger Parteiorgan. Daß wir heute nichts als unsere Ketten zu verlieren haben, heißt gegenwärtig mit einem klaffenden Worte Unfug verüben. Nach einer mühseligen und auch sehr erfolgreichen einjährigen Tätigkeit seit der Revolution, haben wir, also die Sozialdemokratie — und auch die Arbeiter überhaupt — sehr viel zu verlieren. Diese Erkenntnis sollte vor allem in sozialdemokratischen Redaktionen vorhanden sein. Und was soll erst die Redensart, dann, d. h. wenn „wir jede weitere verantwortungsvolle Mitarbeit am Neubau des Staates“ abgelehnt haben, werden wir uns nicht scheuen, das sozialistische Proletariat auf dem Boden des Klassenkampfes zur sozialen Revolution aufzurufen? Die Unabhängigen werden sich freuen, im sozialdemokratischen Heidelberger Waff einen solchen Satz zu finden, der im Widerspruch zur Wahrheit und zu den Tatsachen indirekt behauptet, jetzt hätten wir gleichsam den Klassenkampf zur Disposition gestellt. Wir wiederholen für heute als Antwort die bekannte Ausrufung Devels, auf die gestern in Leitartikel Friß Spiegelberg schon aufmerksam machte:

„Wir geht es auch nicht schnell genug“ rief August Debel einmal auf einem Parteitag den jungen Startern und Drängern zu, aber wir, die wir Jahrzehnte im Kampfe stehen, haben gelernt, die Gesetze der wirtschaftlichen Entwicklung zu begreifen.“

Wir hoffen, man lernt auch anderwärts das zu begreifen, dann verschwindet die Stimmungspolitik.

Gemeindepolitik.

Wiesloch, 18. Nov. Da die früheren Wahlen zum Bürgerausschuss für ungültig erklärt waren, mußten am Sonntag Neuwahlen stattfinden mit dem Ergebnis, daß die Demokraten 12 Sitze, die Sozialdemokraten 12 Sitze, das Zentrum 15 Sitze, die Deutsche Nat. 13 Sitze, die Parteien 4 Sitze und die Unabh. Sozialdem. ebenfalls 4 Sitze erhielten

böfierung des Hultschiner Ländchens kann und will die Hoffnung nicht aufgeben beim deutschen Vaterlande verbleiben zu können.

Die Schweiz und der Völkerverbund.

Bern, 19. Nov. Der Nationalrat hat in namenlicher Abstimmung mit 128 gegen 53 Stimmen dem Völkerverbundvertrag und dem Eintritt der Schweiz in den Völkerverbund zugestimmt.

Bern, 19. Nov. In der fortgesetzten Aussprache des Nationalrates über den Eintritt der Schweiz in den Völkerverbund führte als Vertreter der Regierung Bundesrat Schultheß aus: Anlässlich des Beitritts der Schweiz in den Völkerverbund wird der Bundesrat Begn nehmen auf Artikel 425 des Versailler Friedensvertrages, in dem die Neutralität der Schweiz als eine der Erhaltung des Friedens dienende Heber-einkunft anerkannt wird.

Stellung der Schweiz in Bezug auf die Neutralität gewahrt, schließt sich der Rat aber dieser Auffassung nicht an, dann wird der Bundesrat seine Beitrittserklärung als nicht gegeben betrachten.

Schweres Eisenbahnunglück.

Dresden, 19. Nov. Gestern mittag ereignete sich auf der Linie Döbeln-Müglitz ein schwerer Eisenbahnunfall. Auf dem Bahnhof Müglitz fuhr ein Güterzug, der wahrscheinlich infolge Verlassens der verstellten Bremse nicht zum Halten gebracht werden konnte, auf einen Personenzug. Mit größter Geschwindigkeit stürzte der Zug in einer scharfen Kurve, in der zum Unglück noch eine Brücke liegt, ab. Sämtliche Wagen sind zertrümmert. Soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, sind 4 Personen tot, 24 verletzt, darunter 16 schwer. Der Verkehr auf der Strecke ist unterbrochen.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Arbeiterabfahrerverein Solidarität.) Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Konkurs umständlicher auf kurze Zeit verschoben werden muß. — Ferner heute abend halb 8 Uhr Ausnahmestimmung in der Restauration „Adlerberger“. Die Ausnahmestimmung werden gebeten, pünktlich zu erscheinen.

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft.) Freitag abend 5 Uhr Turn-raisung. Die neugewählten Abteilungsleiter sind hier zu eingeladen. 8119

Karlsruhe. (Gesangverein „Lassalle“.) Heute, Donnerstag, 1/8 Uhr, Singstunde. Das Erscheinen aller Sänger Ehren-sache. 8118 Der Vorstand.

Stuttgart. (Arbeitergesangverein Eintracht.) Der nächste Singabend wegen muß die Singstunde nochmals auf Samstag, 22. Nov. abends halb 6 Uhr verlegt werden. Unbedingtes Erscheinen aller Sänger erforderlich. — Nach der Singstunde außerordentliche Generalversammlung. Wir richten an unsere passiven Mitglieder die dringende Bitte, vollständig zu erscheinen.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Po-litische Politik Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Neuf-leton Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtlich in Karlsruhe, Kuitenstraße 24.

Wasserstand des Rheins.

Schifferinsel 150, gest. 65; Rehl 245, gest. 50; Maxau 307, gest. 44; Mannheim 280, gest. 50 Zentimeter.

Dr. Detter's Tee. Nach Art des in China üblichen Verfahrens aus deutschen Blättern hergestellt und ein vorzüglicher Tee-Ersatz u. Tee-Zusatz. Er schmeckt ähnlich wie chinesischer Tee!

Aufträge für Weihnachten in großen Porträts und Vergrößerungen. Foto-Atelier Rembrandt, Karl-Friedrichstraße 32. Neue süddeutsche Vergrößerungs-Anstalt (gegr. 1908), Tel. 2331.

Bekanntmachung. Nach Anhörung des Kommunalverbandes Karlsruhe-Stadt und mit Zustimmung des Demobilisierungskommissars und des Demobilisierungsausschusses wird die Anordnung des fünfjährigen (Ziffer IV der Bekanntmachung vom 3. November d. J.) in jederselbstiger Weise aufgehoben. Gemäß § 5 der Verordnung vom 18. Oktober 1919, die Erparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln betr., müssen offene Verkaufsstellen nunmehr wieder von 6 Uhr abends bis 9 Uhr vormittags geschlossen bleiben.

Tages-Ordnung zu der am Dienstag, den 25. Nov. 1919, vormittags 9 Uhr im Bezirksratsaal in Karlsruhe stattfindenden Bezirksratsitzung. I. Öffentliche Sitzung. Verwaltungssachen. 1. Besuch des Hugo Franz Bauer hier um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „zum Storch“ in dem Hause Rheinstraße 15 hier.

Verkehr über die Rheinbrücke bei Maxau betr. Die Eisenbahndirektion Ludwigsbahn a. Rh. gibt folgendes bekannt: Mit sofortiger Wirkung wird bis auf weiteres die Schiffbrücke zwischen Maxau-Maximi innsau zur Vornahme von Baggerarbeiten für den Eisenbahn- und öffentlichen Straßenverkehr zu nachstehenden Zeiten geschlossen gehalten:

Kameraden! Warum so müde? Rafft Euch auf! Endet die Hilfe durch Deutschlands große Kriegerdank-Feiung „Neue Kraft“, Stuttgart. Endet sogl. Eure Adresse!

Bad. Rote Geldlotterie. Ziehung 14. November 1919. 37000 M. Mögl. Höchstgewinn 20000 M. Lose zu 1.10 M., Porto u. Liste 45 P. empfiehlt Lotterie-Unternehm. J. Stürmer Mannheim O 7, 11, früh, Strass., angest. Fr. Pocher, K. Goetz.

Empfehle mein Lager in fertigen Ulstern von Mk. 200.— an L. Brotz Marlenstrasse 18 Tel. 3950 8088

Maschinentechniker mit sehr guter zeichn. Fertigkeit zu sof. Eintritt gesucht. Bewerb. mit Personalangaben u. Gehaltsfordg. an Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues, Abteilung für Wasserkraft u. Elektrizität. 8069

Beste Südwestkreis-Ligamansschaft des I. F. C. Pforzheim gegen F. V. Beiertheim auf dem Beiertheimer Sportplatz. Spielt Sonntag, 23. Nov., nachm. 1/3 Uhr gegen 8105

Aufhebung der Zwangs-geldstrafe. Die am 7. November 1919 infolge drohender Verkehrs-Stockung bei der Güter-abfertigung Karlsruhe ein-gelührte Zwangs-geldstrafe von 100 M. und Kartofel-spendungen durch die amtliche Güter-beförderer wurde infolge eingetretener Besserung der Verhältnisse wieder auf-gelöst.

Sämliche Sorten Selle. Die Empfänger Bahn-lagernder Sendungen werden aber ersucht, für schlen-nige Abfuhr nach erfolgter Benachrichtigung Sorge zu tragen. 8108 Karlsruhe, 19. Nov. 1919. Generaldirektion d. Staats-eisenbahnen.

Sie sparen Geld, wenn Sie Pelse, Muffe Plüsch-Garnituren in Daniels Konfektions-Haus Wilhelmstrasse 34, 1 Tr. kaufen. Keine Ladenspesen. auch grössere Be-träge, vorziehen, schnell u. kulant H. Blume & Co., Langstr. 24

Schirme werden gut und billig repariert. Neue Schirme billig. Preis, Englerstr. 14, gegenüber der Hochschule.

Kragen -Wäscherei Schorpp liefert in 8 Tagen Stärke-Wäsche Annahmestellen: Karlsruhe: Ludwig-Wilhelmstr. 5, Kaiserstrasse 34 u. 243, Gerwigstrasse 46, Amalienstrasse 15, Waldstrasse 64, Wilhelmstrasse 32, Augustastrasse 13, Schillerstrasse 13, Kaiserstrasse 37, Gabelsbergerstrasse 1, Rheinstrasse 18. Durlach: Hauptstrasse 15.

Offenburger Anzeigen. Lebensmittel - Versorgung. Am Donnerstag wird verkauft: Kunsthonig: Rohmenge 100 gr (1 Pf. 80 Pf.) gegen die Lebensmittelmarke L 149. Safergrübe: 60 Gramm (1 Pfund M. 1.75) gegen die Lebensmittelmarke L 150. Maniokagrübe: 100 Gramm (1 Pfund M. 2.00) gegen die Lebensmittelmarke L 151. Kaffee: 100 Gramm (1 Pf. ungebrannt M. 12.—) gegen die Lebensmittelmarke L 152. Die in den Geschäften sich befindlichen Vorräte an Morgensuppe und Kaffee-Brat sind freiverkäuflich.

Fett-Versorgung. Der auf Freitag angelegte Butterverkauf für die Kunden der der Fettverkaufsstellen Reinbold, Nieber, Müdigler, Spinner, Stürzel, Frischler, Wähl u. Panger kann erst nächste Woche stattfinden. Die für den Verkauf bestimmte Fettmarke J 36 müssen von den Empfangsberechtigten bei der Kartenausgabe zurück-behalten werden. Verlorne oder sonst abhanden ge-kommene Marken werden nicht ersetzt. 8114 Offenburg, 18. November 1919. Städt. Lebensmittelamt. Kartoffel-Versorgung. Von Donnerstag, den 20. ds. Mts. ab, werden gegen die blaue Kartoffelmarken A 1 und 2, je 7 Pfund Kartoffel in unten bezeichneten Handlungen abgegeben. Preis pro Pfund 18 Pf. Die früheren Kartoffelmarken können nicht mehr eingelöst werden. Abgabestellen: Kaufmann Landenberger, Hauptstr., Schwahl, Friedrichstr., Springmann, Rammerdweizerstrasse und Theodor Müller, Langestraße. Offenburg, den 19. Dezember 1919. 8115 Kartoffelstelle.

Häuser mit 6-7% Rente mit und ohne Geschäften hier und auswärts die durch Verkauf sofort bezahlbar sind, bei kleiner Anzahlung stets zu verkaufen. 7537

M. Bujam, Regensch. Büro Karlsruhe, Herenstraße 33.

Ich kaufe fortwährend zu höchsten Preisen, Kleider, Uniformen, Schuhe u. Bekleid. jeder Art. 7905

Standesbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe. Cheausgabete. Stelle von Wingoheim, Wendarm hier, mit Notzilde Burkart von Kottweil, Michael Schütz von Auerbach, Kaufm. hier, mit Sofie Köp von Wähern. Joh. Braunshweiger, Welsner und Installateur hier, mit Mathilde Maier von hier. Wilh. Zimmermann von Liebolsheim, Schlosser hier, mit Julie Zeit v. Liebolsheim Todesfälle. Max Grimm, Oberrevisor, Chemana, alt 44 Jahre. Karl Jita, Rechnungsrat, Chemana, alt 64 Jahre. Mich. Gram-bach, Kaufmann, ledig, alt 43 Jahre. Rosina De-gener, alt 36 Jahre, Witwe v. Ant. Degener, Schreiner. Karl Grimm, Zimmermann, Chemana, alt 44 Jahre. Wilh. Wöhrlinger, Schlosser, Chemana, alt 32 Jahre. Alfred Krautinger, Jng., Chemana, alt 49 Jahre. Karol. Rothschil, alt 67 Jahre, Witwe von Abraham Rothschil, Kaufm. Theresia Weingärtner, alt 18 Jahre. Ehefrau von Cyprian Weingärtner, Postkassener. Johanna Schwämmle, Aufseher, ledig, alt 52 Jahre. Wil-helmine Maier, alt 55 J. Ehefrau von Karl Maier, Heizer. Anna Schulz, alt 21 Jahre, Ehefrau von Friedrich Schulz, Schlosser.

Städt. Badanstalt (Vierordtbad) Karlsruhe. Medizin. Bäder. Fichtennadel-Salz (Rappenaauer oder Stassfurter). Mutterlauge und Schwefel- (Thio-pinol)-Bäder. Badezeit für Herren u. Damen: Vormitt. von 9-1 Uhr und nach-mittags v. 2 1/2-7 1/2 Uhr An Sonn- und Feiertagen u. bis auf weiteres wegen Kohlen-mangel an den ersten drei Wochentagen geschlossen.

DAMEN- u. KINDER MÄNTEL

IN GUTEN STOFFEN

JEDE GRÖSSE

ALLE PREISLAGEN

NEUESTE FORMEN



Frau M. Eisenhardt
Karlsruhe
Kaiserstr. Ecke Adlerstr.

Aufruf!

Am Sonntag, den 23. November, vorm. 11 Uhr
findet im großen Saale der Städt. Festhalle eine

große öffentliche Kundgebung

gegen die dem Geiste des Friedens, der Menschlichkeit
und des Völkerrechts höhnpredende, nicht absehbare

Zurückhaltung unserer Gefangenen durch Frankreich

haft, das allen feierlichen Versicherungen zum Trost selbst heute — nach
Ratifizierung des Friedensvertrages durch Clemenceau und das französische
Parlament — noch 500 000, geistig und körperlich zusammenbrechende
deutsche Kinder unter immer neuen Vorwänden und Ausflüchten durch
menschenunwürdige Friedens-Sklaverei an den Rand der Verzweiflung treibt.

Es werden sprechen:

Der Bundesvorsitzende:

Mittm. a. D. Freiherr v. Versner
Ober-Bürgermeister a. D. Siegrist

Frauen und Männer aller Parteien erscheint in Massen! Vereine und
Schulen erscheint geschlossen! Ihr seid dies unsern Brüdern schuldig!
— Die Gefangenfrage ist eine nationale Frage! —

Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen

Bezirksgruppe Karlsruhe
Ing. G u f. K u p p, Vorsitzender.

Detailisten-Vereinigung Karlsruhe
E.V.

Verkaufszeit
bis auf Weiteres
von 9-6 Uhr
Samstags bis 7 Uhr.

Der Vorstand.

Stahlrohrmatratzen f. jede
Bettsf.
n. Maas, Metallbetten, Pol-
sterauf. an Jederm. Kat. fr.
Eisenmöbelfabr., Südf. 28.

**Privat- oder
Geschäfts-Haus**
sofort bei hoher Anzahlung
zu kaufen gesucht. 7897
H. Dufam, Biegenstraße-
38, Herrenstraße 38.

Steinbruch-Verpachtung.

Die Stadt Ettlingen läßt am Samstag, den
22. November 1919, vormittags 11 Uhr, im
Rathaus — großer Saal — den Betrieb der städt.
Steinbrüche am Hasenberg und in der Raberklamm,
Distrikt II, rechts der Alb, vom 1. Januar 1920 ab,
auf 6 Jahre öffentlich verpachten.
Die Verpachtbedingungen liegen während der üblichen
Geschäftsstunden im Rathaus — Ratsschreiberei — zur
Einsicht auf.

Ettlingen, den 28. Oktober 1919.
Gemeinderat:
Guael, Bürgermeister. Müller.

Angestellten-Ausschüsse und Vertrauensmänner!

Die ausgefüllten Fragebogen für die Erhebungen
des Zentralrates sind sofort nach Erbringenstr. 17
einzulenden. — Jene Angestellten-Ausschüsse und Ver-
trauensmänner, welche Fragebogen noch nicht erhalten
haben, werden ersucht, solche im Büro des Ortsrates
freier Angestellten-Verbände, Erbringenstraße 17 ob-
zuholen. 8107

Es ist unbedingt notwendig, daß alle Betriebe durch
diese Statistik erfaßt werden.

Zentralrat der Angestellten-Ausschüsse von Karlsruhe und Umgebung.

Verband der Maler Karlsruhe.
Am Freitag, den 21. November, 4 1/2 Uhr
nachmittags findet im „Goldnen Adler“ hier, Karl-
Friedrichstraße

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Kartellbericht.
3. Verschiedenes.
Funktionäre sorgt für guten Besuch!
Der Vorstand.

Freie Turnerschaft Karlsruhe.

Samstag, abends 7 Uhr
außerordentliche
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Eintragung des Vereins in das Vereinsregister.
2. Erledigung der restlichen Tagesordnung der
letzten Versammlung. 8111
Der Turnrat.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Karlsruhe.

Walkotte-Abend!

in Durlach „Festhalle“	am Freitag, 21. Nov.
Rastatt „Zum Anker“	Samstag, 22. „
Karlsruhe „Friedrichs“	Sonntag, 23. „
Gaggenau „Gambrius“	Montag, 24. „
B. Baden „Simmer-Saalbau“	Dienstag, 25. „
Ettlingen „Galtz. u. Sonne“	Mittwoch, 26. „
Bruchsal „Bürgerhof“	Freitag, 28. „

Mitwirkende:
Regitationen: Herr Emil Walkotte, Berlin.
Lieder zur Laute: Frau Marg. Walkotte, Berlin.
Gesang-Vereine am Orte.

Beginn in allen Orten abends 7 Uhr.
Saalöffnung 6 1/2 Uhr.
Während der Vorträge bleiben die Saaltüren geschlossen.
Eintrittskarten à M. 1.— sind bei den Kassierern
und Vertrauensleuten erhältlich.
7955 Die Ortsverwaltung.

Kaufe und Verkaufte
fortwährend
getragene Herren- u. Damenbekleidungs-
stücke, Uniformen, Wäsche, Schuhe, Uhren,
Reisezeuge, Ferngläser, Musikinstrumente,
Gold, Silber, Brillanten, Möbel aller Art
Nähmaschinen, Kinderwagen
u. s. w.
Gefl. Angebote erbitet.
Weintraub's An- u. Verkaufsgeschäft
Kronenstrasse 52. Tel. 3747. 8148

Kaufmännischer Verein Karlsruhe e. V.

Nachruf.

Durch einen jähen Tod haben wir unser
verdienstvolles, langjähriges Vorstands-
mitglied

Herrn Richard Grumbach

verloren.
Ein leuchtendes Beispiel selbstloser
Pflichterfüllung, hat derselbe seine wert-
vollen Kräfte stets gerne in den Dienst
unserer Sache gestellt.

Wir werden dem treubewährten Kollegen
auch über das Grab hinaus allezeit ein
dankbares, ehrendes Andenken bewahren.
Karlsruhe, 20. November 1919. 8117

Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Unser geliebter

Richard Grumbach

ist uns durch den Tod entrissen
worden.

In tiefstem Herzeleid:

Nathan Grumbach, Freiburg i. B.

Rechtsanwalt Robert Grumbach u. Frau

Berta, geb. Weil, Freiburg i. B.

Dr. J. Jacobsohn und Frau

Paula, geb. Grumbach, Erfurt.

Josef Springer und Frau

Natalie, geb. Grumbach, Frei-
burg i. B.

Die Beerdigung findet in aller Stille
in Freiburg statt.

Gestern nacht entriss uns der Tod unseren lieben

Richard Grumbach

Wer den feinen vornehmen
Menschen kannte, wird seinen jähen
Hingang mit schmerzlicher Trauer
empfinden, ich aber verliere in
ihm den treuen Mitarbeiter und
den opferbereiten Freund. Dank-
bare Erinnerung will ich seinem
Andenken bewahren.

Albert Braun.

Die Leichenfeier findet am Donnerstag,
20. November, vormittags 1/2 12 Uhr, in
der Leichenhalle des neuen israelit. Fried-
hofes in Freiburg statt.

Nachruf.

Gestern ist der Prokurist unserer
Firma

Herr Richard Grumbach

nach kurzem, schwerem Leiden aus
dem Leben abgerufen worden.

Er war uns stets ein aufrichtiger
Freund und Berater, ein Vorbild von
unverdrossener Pflichttreue und stetem
Geschäftsleiter. Zugleich verstand er
es, durch seinen edlen Charakter und
durch die bewundernde Freundlichkeit
seines Wesens sich unser aller Liebe
zu erwerben. Wir werden sein Andenken
stets in Ehren halten.

Die kaufmännischen Angestellten der Firma A. Braun & Co.

Gestern wurde durch einen jähen Tod der Prokurist unserer Firma

Herr Richard Grumbach

uns entrissen.

Wir haben in dem Verstorbenen
nicht nur den Vorgesetzten, sondern vor
allem den liebenswürdigen Menschen
geehrt, der durch seine verständnisvolle
Art und sein freundliches Wesen sich
unsere Zuneigung zu erwerben wusste.
Sein Andenken werden wir in Ehren
halten. 8103

Die Arbeiterschaft und Angestellten der Firma A. Braun & Co.